

**Protokoll über die Sitzung Nr. 2/2023 des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen der Stadt Wilhelmshaven am Montag, 13. Februar 2023, 14:00 Uhr, im Ratssaal**

---

Anwesend:

**Oberbürgermeister**

Oberbürgermeister Carsten Feist

**Mitglieder SPD-Fraktion**

Ausschussmitglied Volker Block

Beigeordnete Christina Heide

Bürgermeisterin Gesche Marxfeld

Beigeordneter Detlef Schön

**Mitglieder CDU-Fraktion**

Ausschussvorsitzender Uwe Heinemann

Beigeordneter Jens Stoffers

Stellv. Ausschussvorsitzende Astrid Zaage

**Mitglied Gruppe "GRÜNE und GfW"**

Beigeordneter Ulf Berner

**Mitglieder Fraktion WIN@WBV**

Ausschussmitglied Stefan Becker

Beigeordneter Markus Bulla

**Mitglieder Gruppe "Die BUNTEN"**

Beigeordneter Andreas Tönjes

Ausschussmitglied Frank Uwe Walpurgis

**Mitglied AfD-Fraktion**

Stellv. Ausschussmitglied Detlef Stump

**Mitglied Gruppe FDP/FW**

Ausschussmitglied Dr. Günther Schulte

**Es fehlten entschuldigt**

Beigeordneter Martin Burkhart

Ausschussmitglied Thorsten Moriß

**Dezernent**

Stadtrat Thomas Bruns

**von der Verwaltung**

Frank Amerkamp - Fachbereichsleitung Stadtplanung und Stadterneuerung

Jan Hülsemann - Fachbereich Finanzen

Julia Muth - Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination

Insa Rogel - Fachbereich Kommunikation & Koordination

Jörg Walkenhorst - Fachbereichsleitung Rechnungsprüfungsamt

**als Gäste**

Alexander Leonhardt – Geschäftsführer Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH

Helga Weinstock - Ratsmitglied

**A Öffentlicher Teil**Tagesordnung:

- |      |  |                 |
|------|--|-----------------|
| 1    | Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit  |                 |
| 2    | Feststellung der Tagesordnung  |                 |
| 3    | <u>Vorlagen an den Rat</u>   |                 |
| 3.1  | Beitritt der Stadt Wilhelmshaven zur Gesellschaft Verkehrsregion Nahverkehr Ems-Jade mit beschränkter Haftung (GVEJ)                                     | <b>16/2023</b>  |
| 3.2  | Sanierungsgebiet "Westliche Südstadt" Sanierungsbeirat: Änderung der Geschäftsordnung  | <b>11/2023</b>  |
| 3.3  | Ankauf von Grünflächen Mitteldeich / Inhauser Landstraße   | <b>7/2023</b>   |
| 3.4  | Ankauf von Grünflächen Altonaer Weg  | <b>8/2023</b>   |
| 3.5  | Ankauf - Kleingartenanlage, Am Pumpwerk  | <b>9/2023</b>   |
| 3.6  | Verkauf Luisenstraße 1   | <b>34/2023</b>  |
| 3.7  | Antrag der SPD-Fraktion: Einrichtung eines kommunalen Härtefallfonds Wilhelmshaven   | <b>572/2022</b> |
| 3.8  | Antrag Gruppe "GRÜNE und GfW": "Städtepartnerschaft mit einer ukrainischen Gemeinde"   | <b>574/2022</b> |
| 3.9  | Antrag Ratsherr Schaar und weitere Ratsmitglieder: Institutionelle Förderung der Wilhelmshavener Tafel e.V.  | <b>500/2023</b> |
| 3.10 | Antrag SPD-Fraktion: Einleitung eines Interessenbekundungsverfahrens für den Bau und den Betrieb einer Kindertagesstätte                                 | <b>578/2022</b> |
| 3.11 | Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Auftragsvergabe und Beschaffung der Stadt Wilhelmshaven   | <b>511/2023</b> |
| 3.12 | Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Prüfung der Voraussetzung für die Unterzeichnung der "#positivarbeiten Deklaration"   | <b>512/2023</b> |
| 3.13 | Antrag Gruppe FDP/FW: Kündigung Mitgliedschaft OTG   | <b>519/2023</b> |
| 3.14 | Antrag Beigeordneter Heinemann: Nichtanwendung der jährlichen Höchstgrenze bei der Angemessenheit der Aufsichtsrats honorare des Klinikums Wilhelmshaven | <b>520/2023</b> |
| 4    | <u>Vorlagen an den Verwaltungsausschuss</u>  |                 |
| 4.1  | Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den VA  | <b>22/2023</b>  |
| 5    | <u>Mitteilungen und Anfragen</u>   |                 |
| 5.1  | Vortrag "Vom LNG zum Wasserstoff" - Herr Lüdicke (Niedersachsen Ports)   |                 |
| 5.2  | Angelegenheiten der Wirtschaftsförderung   |                 |
| 5.3  | Strukturwandel   |                 |
| 5.4  | Sachstand Neubürgerakquisition und Einwohnerentwicklung  |                 |

1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, **Herr Heinemann**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

**Herr Tönjes** kritisierte, dass der Tagesordnungspunkt 3.6 „Verkauf Luisenstraße 1“ lediglich eine Informationsvorlage sei und die Beschlussfassung im nichtöffentlichen Sitzung erfolgen solle. Dies sei seiner Auffassung nach ein Verstoß gegen §64 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz („Öffentlichkeit der Sitzungen“). Er forderte, dass die Beschlussvorlage (TOP 6.1) in öffentlicher Sitzung beraten wird.

**Herr Heinemann** informierte darüber, dass der Tagesordnungspunkt 5.1 „Vortrag „Vom LNG zum Wasserstoff“ – Herr Lüdicke (Niedersachsen Ports)“ ausfallen müsse, da Herr Lüdicke krankheitsbedingt nicht anwesend sein könne.

Die Tagesordnung wurde mit 10 Ja-Stimmen, einer Enthaltung und einer Nein-Stimme mehrheitlich festgestellt.

3 Vorlagen an den Rat

3.1 Beitritt der Stadt Wilhelmshaven zur Gesellschaft Verkehrsregion Nahverkehr Ems-Jade mit beschränkter Haftung (GVEJ) **16/2023**

**Herr Bruns** informierte darüber, dass es bei der Satzung einen Übertragungsfehler gegeben habe und der § 6 Absatz 1 wie folgt lauten müsse.

„Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, vertritt er die Gesellschaft allein. Sind zwei oder mehrere Geschäftsführer bestellt, wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer gemeinsam mit einem Prokuristen vertreten.“

Auf Nachfrage von **Herrn Berner** erklärte **Herr Amerkamp**, dass in der Vergangenheit entschieden wurde für die Aufgabenträgerschaft des ÖPNV die GVEJ zu gründen. Mit dieser Gründung schließe sich der Beitritt zum VBN nicht aus.

**Beschluss:** -einstimmig zugestimmt-

1. Der Rat stimmt der Gründung der „Gesellschaft Verkehrsregion Ems-Jade mit beschränkter Haftung (GVEJ)“ auf der Grundlage der Gesellschaftersatzung (Anlage) zu und wird damit Gründungsgesellschafter der GVEJ.

2. Der Rat stimmt zu, dass die Stadt Wilhelmshaven zur Gründung der Gesellschaft eine Stammeinlage in Höhe von 3.125,- Euro tätigt.
3. Die Verwaltung der Stadt Wilhelmshaven wird ermächtigt, die Gründungsgesellschafterversammlung durchzuführen.

3.2 Sanierungsgebiet "Westliche Südstadt" Sanierungsbeirat: Änderung der Geschäftsordnung **11/2023**

**Herr Stump** hinterfragte, wer die Aufgaben der wegfallenden Position „Quartiersmanager“ übernehmen wird.

**Herr Amerkamp** entgegnete, dass die Aufgaben teils durch den Statteilbeirat erledigt werden.

**Herr Dr. Schulte** berichtete, dass er bei einigen Sitzungen des Beirates anwesend gewesen sei, dieser allerdings aufgrund der Pandemie zwei Jahre nicht getagt habe. Die Sanierungen seien weitestgehend erfolgt. **Herr Dr. Schulte** gab zu Bedenken, ob die Stadtteilbeiräte tatsächlich weiterhin notwendig seien.

**Herr Tönjes** kritisierte, dass in den letzten Jahren vieles nicht umgesetzt worden sei und bedauerte, dass erst jetzt eine Überarbeitung erfolgt. Er begrüßte ausdrücklich die vierteljährlichen Sitzungen. Außerdem stellte **Herr Tönjes** in Namen der Ratsgruppe „Die Bunten“ einen *Änderungsantrag*. Demnach soll im § 2 Absatz 3 im letzten Satz das Wort „arbeiten“ durch „erwerbstätig sind“ ersetzt werden.

**Frau Zaage** und **Herr Dr. Schulte** sprachen sich gegen den Änderungsantrag aus.

**Herr Oberbürgermeister Feist** teilte mit, dass er das Kriterium Erwerbstätigkeit als sehr bedenklich ansehe.

*Der Änderungsantrag von der Ratsgruppe „Die Bunten“ wurde mit 2 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.*

Im Anschluss wurde über die unveränderte Beschlussvorlage abgestimmt.

**Beschluss:** -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt der Änderung der Geschäftsordnung des Sanierungsbeirates „Westliche Südstadt“ zu (sh. Anlage).

3.3 Ankauf von Grünflächen Mitteldeich / Inhauser Landstraße **7/2023**

**Herr Heinemann** betonte, dass der Beschlussvorschlag gegen einen Ankauf sei.

**Herr Schön** teilte mit, dass er bei der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben arbeite und sich daher nicht an der Diskussion und Abstimmung beteiligen wird.

**Herr Tönjes** berichtete, dass die Verwaltung im Betriebsausschuss GGS beauftragt worden sei nochmal nachzuhaken. Er erkundigte sich, ob es neue Erkenntnisse gebe.

**Herr Oberbürgermeister Feist** antwortete, dass Herr Marušić krankheitsbedingt nicht anwesend und man daher dazu nicht sprechfähig sei.

**Herr Tönjes** stellte daraufhin einen *Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung*.

**Herr Becker** erklärte, dass Frau Mandt gesagt habe, es sei alles richtig. Der Ausschuss für Planen und Bauen habe ebenfalls der Beschlussvorlage mehrheitlich zugestimmt.

**Herr Dr. Schulte** rief in Erinnerung, dass es sich um mehrere Parzellen handelt, wovon einige unbrauchbar seien, einige jedoch auch als Baugrund in Frage kämen. Eine Vertagung um einen Monat könne seiner Auffassung nach nicht schaden.

*Der Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung wurde mit 4 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und einer Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.*

Im Anschluss wurde über die Beschlussvorlage abgestimmt.

**Beschluss:** -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat stimmt dem Ankauf der Grünflächen im Bereich Mitteldeich / Inhauser Landstraße (Gemarkung Rüstringen (Flur 23) und Sengwarden (Flur 6), Flur 23 und 6, Flurstück zu Flur 23: 6/4, 7/6, 7/14, 11/16, 11/18, 14/11, 19/0, 21/4, 22/7, 23/4, 266/20, 273/6, 281/20; Zu Flur 6: 70/17) mit einer Gesamtfläche von 146.692 m<sup>2</sup> zu einem Ankaufspreis in Höhe von ca. 5,0623 €/m<sup>2</sup> und daraus resultierend einer Gesamtsumme in Höhe von 742.600,00€ von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BlmA), Zeughausstr. 73, 26121 Oldenburg **nicht** zu

#### 3.4 Ankauf von Grünflächen Altonaer Weg

**8/2023**

**Herr Schön** teilte mit, dass er bei der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben arbeite und sich daher nicht an der Diskussion und Abstimmung beteiligen wird.

**Beschluss:** -einstimmig zugestimmt-

Der Rat stimmt dem Ankauf der Grünflächen im Bereich Altonaer Weg (Gemarkung Rüstringen, Flur 26, Flurstücke 135/1, 287/2, 291/47 sowie Gemarkung Rüstringen, Flur 5, Flurstück 134/53 mit einer Gesamtfläche von 101.514 m<sup>2</sup> zu einem Ankaufspreis in Höhe von 16,75 €/m<sup>2</sup> und daraus resultierend einer Gesamtsumme in Höhe von 1.700.000,00€ von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA), Zeughausstr. 73, 26121 Oldenburg zu.

### 3.5 Ankauf - Kleingartenanlage, Am Pumpwerk

**9/2023**

**Herr Schön** teilte mit, dass er bei der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben arbeite und sich daher nicht an der Diskussion und Abstimmung beteiligen wird.

**Herr Tönjes** gab bekannt, dass die Gruppe „Die BUNTEN“ den Kauf der Kleingartenanlage als erforderlich ansehen und daher der Beschlussvorlage nicht zustimmen werden.

**Beschluss:** -mehrheitlich zugestimmt-

Die Kleingartenanlage im Bereich Am Pumpwerk (Gemarkung Rüstringen, Flur 4, Flurstück 79/7) mit einer Gesamtfläche von 2.210 m<sup>2</sup> soll zu einem Ankaufspreis in Höhe von 8,78 €/m<sup>2</sup> und daraus resultierend einer Gesamtsumme in Höhe von 19.403,80 € von der **Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA)**, Zeughausstr. 73, 26121 Oldenburg angekauft werden.

### 3.6 Verkauf Luisenstraße 1

**34/2023**

**Herr Tönjes** verwies auf seine Anmerkung im Rahmen der Feststellung der Tagesordnung. Außerdem fügte er hinzu, dass der Rat so nicht über den Verkauf entscheiden könne, da die Luisenstraße 1 der Stadtwerke – Verkehrsgesellschaft gehöre und damit einer Tochtergesellschaft der Stadt.

**Beschluss:** -zur Kenntnisnahme-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Verkauf des Objektes Luisenstraße 1 mit einer Grundstücksgröße von 1972 m<sup>2</sup> in Ermangelung mehrheitsfähiger Ausschreibungs-ergebnisse nicht zu.

### 3.7 Antrag der SPD-Fraktion: Einrichtung eines kommunalen Härtefallfonds Wilhelmshaven

**572/2022**

**Frau Heide** brachte den Antrag ein.

**Herr Becker** erkundigte sich, nach der Höhe und Finanzierung des Betrages und bemängelte, dass zu viele Informationen fehlen würden.

**Herr Bruns** erklärte, dass im aktuellen Haushaltsplan keine Mittel dafür eingeplant seien. Generell sei der Härtefallfonds ein sehr kompliziertes Verfahren und wäre eher ein Thema im sozialen Bereich.

**Frau Zaage** berichtete, dass der Antrag im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration bis zur Haushaltsberatung vertagt worden sei.  
Sie stellte einen *Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung*.

Es folgte eine Diskussion zwischen **Herr Berner, Frau Heide, Herr Walpurgis, Herr Becker, Frau Zaage, Herr Bulla** und **Herr Tönjes** über eine Vertagung und den Zeitraum der Vertagung.

**Herr Oberbürgermeister Feist** sprach sich dafür aus die Vertagung bis zur ersten Sitzung nach der Sommerpause vorzunehmen, da kurzfristig keine weiteren Erkenntnisse ersichtlich seien und aktuell auch keine Fälle für den Härtefallfonds existieren würden.

**Frau Zaage** konkretisierte ihren Antrag dahingehend, dass die Vertagung bis zur ersten Sitzung nach der Sommerpause erfolgen soll.

*Der Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung bis zur ersten Sitzung nach der Sommerpause wurde mit 14 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.*

**Beschluss:** -vertagt-

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt/gebeten, zusammen mit den lokalen Energieversorgungsunternehmen, umgehend einen Energie-Härtefallfonds für Heiz- und Stromkosten einzuführen, welcher im Falle drohender finanzieller Überforderung von Bürgerinnen und Bürgern in Anspruch genommen werden kann. Die durch die Niedersächsische Landesregierung in Aussicht gestellte Förderung in Höhe von 50 Millionen Euro zur Unterstützung lokaler Härtefallfonds soll hierbei berücksichtigt werden. Die finanziellen Mittel für den lokalen Härtefallfonds müssen im bestehenden Haushalt umgewidmet werden oder sind entsprechend durch einen Nachtragshaushalt zu beschließen.

3.8 Antrag Gruppe "GRÜNE und GfW": "Städtepartnerschaft mit einer ukrainischen Gemeinde" **574/2022**

**Herr Berner** brachte den Antrag ein und betonte, dass es sich um einen Prüfauftrag handelt und die finanziellen Mittel im Rahmen der Haushaltsberatung diskutiert werden können.

**Herr Schön** und **Herr Becker** vertraten die Auffassung, dass die Ukraine aktuell andere Sorgen hätte und man das Thema nach Kriegsende wiederaufnehmen könne, außerdem fragten sie, welche Städte vorgeschlagen werden.

**Herr Becker** stellte daher *ein Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung bis zur Sitzung im April*. Er betonte, dass einige Fragen noch ungeklärt seien und wies darauf hin, dass der Antrag bei Vertagung bezüglich der Frist überarbeitet werden müsste.

**Herr Dr. Schulte, Herr Walpurgis** und **Herr Berner** sprachen sich gegen eine Vertagung aus, dies sei ein falsches Signal und der Prüfauftrag sollte dringend erteilt werden.

**Herr Oberbürgermeister Feist** betonte, dass eine Städtepartnerschaft ein Zeichen der Solidarität sei. Er bot an zur übernächsten Sitzung alle Städtepartnerschaften und deren finanziellen Auswirkungen vorzustellen.

*Der Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung bis zur April Sitzung wurde mit 10 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen mehrheitlich angenommen.*

**Beschluss:** -vertagt-

Die Verwaltung prüft die Voraussetzungen für eine kommunale Städtepartnerschaft mit einer ukrainischen Gemeinde und stellt diese im ersten Halbjahr 2023 dem Rat zur Entscheidung vor.

Zudem sind sowohl die Verwaltung als auch alle Fraktionen und Gruppen im Rat eingeladen, ukrainische Städte zur Partnerschaft bis zum 31.12.2022 vorzuschlagen. Hierbei sollte berücksichtigt werden, ob es bereits private Kontakte von BürgerInnen und KommunalpolitikerInnen bzw. Schulen etc. gibt, die intensiviert und in einer Städtepartnerschaft münden könnten.

Die Verwaltung stellt nach Anfrage an vorgeschlagene Gemeinden bis zu drei Städtepartnerschaften im Rat zur Entscheidung vor.

3.9 Antrag Ratsherr Schaar und weitere Ratsmitglieder: Institutionelle Förderung der Wilhelmshavener Tafel e.V. **500/2023**

**Herr Walpurgis** brachte den Antrag ein.

**Herr Schön** bedauerte, dass in Deutschland Bürger auf die Tafel angewiesen seien, sagte jedoch, dass einer dauerhaften Förderung nicht zugestimmt werden könne.

**Frau Zaage** stellte einen *Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung bis zu den Haushaltsberatungen*.

**Herr Becker** und **Herr Dr. Schulte** schlugen vor, dass ein Antrag im Rahmen des Sozialfonds überprüft werden sollte.



**Herr Becker** und **Herr Tönjes** sprachen sich für die Vertagung aus.

**Herr Walpurgis** erklärte, dass der Sozialfonds nicht für institutionelle Förderungen vorgesehen sei.

*Der Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung bis zur Haushaltsberatung wurde mit 11 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und einer Enthaltung mehrheitlich angenommen.*

**Beschluss:** -vertagt-

Beschlussvorschlag:

Die Wilhelmshavener Tafel e.V. erhält ab dem Haushaltsjahr 2023 eine jährliche institutionelle Förderung in Höhe von 3.000,- Euro. Entsprechende Mittel sind im neuen Haushaltsplan vorzusehen.

3.10 Antrag SPD-Fraktion: Einleitung eines Interessenbekundungsverfahrens für den Bau und den Betrieb einer Kindertagesstätte **578/2022**

**Frau Heide** zog den Antrag im Namen der SPD-Fraktion zurück.

**Beschluss:** -zurückgezogen-

Der Rat der Stadt beschließt,

1. Für den Bau und den Betrieb einer Kindertagesstätte im Ganztagsbetrieb wird ein Interessenbekundungsverfahren eingeleitet.
2. Die Kindertagesstätte wird am Standort Friedenstraße errichtet und ersetzt damit das angedachte Bauprojekt einer Kindertagesstätte aus öffentlicher Hand.
3. Mit der Verwirklichung dieser Kindertagesstätte wird der Neubau einer Kindertagesstätte aus städtischer Hand in der Friedenstraße endgültig aus dem Wirtschaftsplan GGS gestrichen.

3.11 Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Auftragsvergabe und Beschaffung der Stadt Wilhelmshaven **511/2023**

**Herr Berner** brachte den Antrag ein.

**Herr Becker** stellte einen *Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung*, da der Antrag erst nach den Beratungen in den anderen Fachausschüssen thematisiert werden soll.

*Der Antrag auf Vertagung wurde mit 14 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.*

**Beschluss:** -vertagt-

## Beschlussvorschlag:

Die Stadt Wilhelmshaven wird ihrer Verantwortung auch als Auftraggeberin und Kundin für eine nachhaltige Entwicklung im Sinne der Agenda 2030 der Vereinten Nationen bestmöglich gerecht. Die Verwaltung wird daher beauftragt, für die Auftragsvergabe und Beschaffung der Stadt Wilhelmshaven und aller kommunalen Eigenbetriebe verbindliche Nachhaltigkeitsstandards festzulegen. Diese Standards sollen u.a. beinhalten:

- Produkte aus Kinderarbeit sind auszuschließen. Zudem soll bei der Beschaffung nichtheimischer Produkte ein besonderes Augenmerk auf die Einhaltung aller Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen (ILO), wie Beseitigung der Zwangsarbeit, Vereinigungsrecht und Recht zu Kollektivverhandlungen sowie Normen der Arbeitssicherheit gerichtet werden.
- Waren, die generell oder jahreszeitlich bedingt nur als Importware aus Ländern des globalen Südens zur Verfügung stehen, sollen aus fairem Handel beschafft werden (siehe TransFair-Zeichen), sofern ein entsprechendes Angebot verfügbar ist.
- Energieverbrauchsrelevante Waren, Geräte, Maschinen und Fahrzeuge sollen der höchsten verfügbaren Energieeffizienzklasse im Sinne der Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung entsprechen.
- In Gemeinschaftsverpflegungseinrichtungen (Schulmensen, KITAS, Kantinen, Klinikum etc.) soll der Anteil der ökologisch erzeugten Nahrungsmittel mindestens 30 Prozent betragen. Zudem soll möglichst auf regionale und saisonale Produkte zurückgegriffen werden.
- Von der Kommune eingesetzte Pflanzsubstrate und Erden sollen torffrei sein.
- Von der Kommune eingekaufte oder in kommunalen Einrichtungen eingesetzte Produkte sollen mit dem Blauen Engel oder einem vergleichbaren Siegel gekennzeichnet sein. Papier und Papierwaren sollen aus Recyclingmaterial bestehen.
- Unternehmen, bei denen bekannt ist, dass sie wegen eines rechtskräftig festgestellten Verstoßes gegen das Lieferkettensorgfaltsgesetz zu einem Bußgeld verurteilt worden sind, sollen für mindestens drei Jahre von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen werden.

3.12 Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Prüfung der Voraussetzung für die Unterzeichnung der "#positivarbeiten Deklaration" **512/2023**

**Herr Berner** stellte einen *Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung*, da der Antrag erst nach den Beratungen in den anderen Fachausschüssen thematisiert werden soll.

*Der Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung wurde einstimmig mit 14 Ja-Stimmen angenommen.*

**Beschluss:** -vertagt-

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung prüft die Voraussetzungen für eine Unterzeichnung der ‚#positivarbeiten Deklaration‘.

Respekt und Selbstverständlichkeit: Für einen diskriminierungsfreien Umgang mit HIV-positiven Menschen im Arbeitsleben

3.13 Antrag Gruppe FDP/FW: Kündigung Mitgliedschaft OTG **519/2023**

**Herr Dr. Schulte** brachte den Antrag ein und betonte, dass die Kündigung jetzt erfolgen müsse, um ein klares Signal zu setzen.

**Herr Heinemann** berichtete, dass aus dem Aufsichtsrat die Bitte kam das Jahr 2023 abzuwarten, um keine Zeitnot auszulösen.

**Herr Tönjes** und **Herr Stump** sprachen sich für die Kündigung aus.

**Herr Oberbürgermeister Feist** wies auf die Kündigungsfrist hin. Eine Kündigung zum 31.12.2024 könne noch bis zum 31.12.2023 erfolgen.

**Frau Zaage** stellte daraufhin einen *Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung bis in den Oktober*.

Die **Herren Becker, Oberbürgermeister Feist, Berner, Dr. Schulte** und **Frau Weinstock** tauschten sich über den Vertagungsantrag aus.

*Der Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung bis in den Oktober wurde mit 9 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und einer Enthaltung mehrheitlich angenommen.*

**Beschluss:** -vertagt-

Der Rat beschließt,  
die Mitgliedschaft in der Ostfriesland Tourismus GmbH zum 31.12.2024 zu kündigen.

- 3.14 Antrag Beigeordneter Heinemann: Nichtanwendung der jährlichen Höchstgrenze bei der Angemessenheit der Aufsichtsratshonorare des Klinikums Wilhelmshaven **520/2023**

**Herr Heinemann** übergab den Vorsitz an seine Vertretung **Frau Zaage** und brachte danach den Antrag ein.

Die **Herren Berner, Tönjes, Walpurgis** und **Becker** befürworteten den Antrag, nicht nur wegen der Sitzungshäufigkeit, sondern auch aufgrund der komplexen Inhalte und Entscheidungen.

**Beschluss:** -einstimmig zugestimmt-

**Beschlussvorschlag:**

Es wird beantragt, im Falle des Klinikums Wilhelmshaven bei der Angemessenheit der Aufsichtsratshonorare keine jährliche Höchstgrenze gemäß Beschlussvorlage Nr. 148 aus 2017 anzuwenden, sondern auf die Angemessenheit des Sitzungsgeldes für die einzelne Sitzung abzustellen. Der Antrag gilt ab der möglichen Rückzahlungspflicht, die am 31.3.2023 für das Jahr 2022 entstehen könnte.

**Frau Zaage** übergab den Vorsitz wieder an Herrn Heinemann.

- 4 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

- 4.1 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den VA **22/2023**

**Herr Heinemann** trug die Beschlussvorlage vor und bedankte sich für die Spenden.

**Herr Tönjes** widersprach einer *En-bloc-Abstimmung*.

Die Spende Nr. 1 wurde mit 11 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Spende Nr. 2 wurde mit 14 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Die Spende Nr. 3 wurde mit 14 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

**Beschluss:** -getrennte Abstimmung-

Der Verwaltungsausschuss beschließt die Annahme der folgenden Zuwendungen:

Zuwender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. Herr Thorsten Moriße, Schützenstr. 26, 26382 Wilhelmshaven	750,00 €	Sachspende einer Bassgitarre
2. Herr Bernd Nöhre, Rheinstr. 89, 26382 Wilhelmshaven	1.000,00 €	Schenkung eines Bildes für die städtische Gemäldesammlung
3. Frau Heike Terbäck, Bremer Str. 82, 26382 Wilhelmshaven	200,00 €	Schenkung eines Bildes für die städtische Gemäldesammlung

## 5 Mitteilungen und Anfragen

### 5.1 Vortrag "Vom LNG zum Wasserstoff" - Herr Lüdicke (Niedersachsen Ports)

-entfallen-

### 5.2 Angelegenheiten der Wirtschaftsförderung

**Herr Leonhardt** hielt einen Vortrag. Er ging auf die Schwerpunkte „Port of Wilhelmshaven“, „Made in WHV“, „Wissenschaftsstadt“, „Lebensstil WHV“ und „WHV (Er)leben“ ein und stellte deren einzelnen Ziele und Projekte vor. Zum Schluss stellte er anhand verschiedener Kennzahlen die Einwohnerentwicklung dar.

**Herr Becker** berichtete über die Maßnahme „Begrünung Innenstadt“ im Rahmen des Programmes REACT und erkundigte sich, ob dafür überhaupt genügend Mittel vorhanden seien.

**Herr Bruns** erklärte, dass man aktuell noch kein Überblick habe wohin sich das komplette Programm REACT entwickelt. Für Kostensteigerungen seien jedoch keine zusätzlichen Mittel vorgesehen.

**Herr Schön** kritisierte, dass der Vortrag zu schnell gewesen sei. Er betonte, dass hier vor Ort eine Wertschöpfung stattfinden müsse, wie z.B. durch Ansiedlung von Unternehmen.

**Herr Dr. Schulte** und **Herr Leonhardt** tauschten sich zum Thema Gleitstrom aus.

**Herr Schön** und **Herr Bulla** merkten an, dass detailliertere Infos über die Einwohnerentwicklung interessant gewesen wären.

**Herr Amerkamp** sagte zu, dass die verwendeten Daten als Präsentation der Sitzung beigefügt werden.

**Herr Stump** nannte Ideen für die Belebung der Innenstadt.

**Frau Weinstock** betonte, wie wichtig diese Themen seien und bedauerte die Zeitknappheit. Sie schlug vor, die sonst ausfallenden Sitzungstermine des Verwaltungsausschusses für solche Themen zu verwenden.

### 5.3 Strukturwandel

**Herr Oberbürgermeister Feist** wies darauf hin, dass Frau Dr. Ernst nicht mehr bei der Stadt tätig sei, es dort also einen Mitarbeiterwechsel geben werde.

### 5.4 Sachstand Neubürgerakquisition und Einwohnerentwicklung

Wurde im Rahmen des Vortrages zum Tagesordnungspunkt 5.2 thematisiert.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

**Ende der Sitzung 16:55 Uhr**

---

Feist  
Oberbürgermeister

---

Heinemann  
Vorsitzender

---

Zahn  
Protokollführerin